

Der Irak-Krieg und die christlichen Werte

Hermann Kues

Selten standen in den letzten Jahren Repräsentanten der großen christlichen Kirchen so im Mittelpunkt des politischen Geschehens wie in den vergangenen Monaten. Selten hat sich ein Oberhaupt der katholischen Kirche derart intensiv zu politischen Ereignissen positioniert und auch selbst politische Aktivitäten entwickelt wie gegenwärtig im Angesicht des Irak-Krieges. Krieg und Frieden sind ein Themenkomplex, der die Kirchen auf den Plan ruft, denn es geht dabei um Leben und Tod. Gleichermaßen gilt auch in der Biomedizin oder beim Schutz des ungeborenen oder endenden Lebens.

Gerade wenn sich die Kirchen so eindeutig positionieren, stellt sich für einen christlichen Politiker die Frage, ob dem nicht automatisch zu folgen sei. Dies wäre durchaus praktisch, bräuchte man doch selbst nicht mehr über die Themen nachzudenken und könnte die vorgegebenen Positionen übernehmen. – Doch so einfach kann man es sich nicht machen. Natürlich ist es für christliche Politiker begrüßenswert, wenn Kirchen ihre mahnende Stimme erheben. Sie müssen diese anhören und ihre Argumentation daran schärfen.

Dennoch: Die Vorstellungen der christlichen Kirchen sind nicht immer eins zu eins in Politik umzusetzen. Dies räumt auch der Vatikan in einer im Januar veröffentlichten Note zu „Fragen über den Einsatz und das Verhalten der Katholiken im politischen Leben“ ein. Es wird darauf hingewiesen, dass es nicht Aufgabe des Lehramtes ist, über die jeweils „richtige“

Politik zu entscheiden, sondern Sache der „gläubigen Laien“ gemäß ihrer „spezifischen Kompetenz“, „geführt vom christlichen Gewissen“ und „im Einklang mit den damit übereinstimmenden Werten“.

Christliche Soziallehre

Dazu zählt vor allen Dingen die Würde des Menschen. Aus dem zentralen christlichen Glaubenssatz, dass der Mensch als Ebenbild Gottes geschaffen ist, werden das Prinzip der Personalität und damit die Würde des Menschen abgeleitet. Aus der Prämissen, dass die Würde allen Menschen zukommt, ergibt sich für jedes menschliche Handeln die Gemeinwohlderpflichtung. Solidarität ist geboten, weil nicht alle Menschen in jeder Phase in jedem Bereich ihres Lebens zu eigenständigem Handeln in der Lage sind. Deshalb kommt Subsidiarität als Strukturprinzip hinzu, welches der jeweils problemnäheren Ebene den Vorrang gibt. Dieser traditionelle Kriterienkatalog der Christlichen Soziallehre aus Personalität, Solidarität und Subsidiarität wird in jüngster Zeit durch das Sozialprinzip der Nachhaltigkeit ergänzt: Sie bringt die Generationsverpflichtung der jetzt Lebenden mit ins Spiel, die Lebenschancen der nachfolgenden Generationen mit in ihr Kalkül und Handeln einzubeziehen. Dieses sind die Grundwerte, an denen ich mich als Christ orientiere. Sie bieten mir, verbunden mit dem Bewusstsein, dass ich nicht nur den Menschen, sondern auch Gott verantwortlich bin, kein politisches Programm,

aber einen Kompass für mein Handeln. Sie sind so etwas wie der „rote Faden“. Hinzu kommt der Glaube, dass diese Welt und damit die Politik, die wir in ihr gestalten, nur ein Vorletztes ist; dass wir nicht unfehlbar sind und dass wir nicht alles regeln können.

Unterschiedliche Schlussfolgerungen

Zurück zur Ausgangssituation: Die oben genannte Note des Vatikans bestätigte noch einmal, was schon das Zweite Vatikanische Konzil feststellte: dass Christen in der gleichen politischen Sachfrage bei gleicher Gewissenhaftigkeit zu unterschiedlichen Urteilen kommen können. Das heißt, es kann durchaus verschiedene Strategien geben, um ein und dasselbe Ziel (im Falle Irak „Sicherheit und dauerhaften Frieden“) zu verfolgen. Wenn Kirchenführer sich zu politischen Themen äußern, ist dies also nicht mit Glaubenswahrheiten gleichzusetzen.

Während sich die Kirchen, allen voran Papst Johannes Paul II., entschieden gegen ein militärisches Eingreifen im Irak zum damaligen Zeitpunkt gewandt haben, unterstützt die überwiegende Mehrheit der deutschen Christdemokraten und Christsozialen den Kurs der Alliierten. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass auch CDU und CSU die Entwicklung der Ereignisse als sehr tragisch empfinden und es sehr bedauern, dass es zum Krieg gekommen ist. Die Situation wird jedoch oft auf die Frage „Der Papst oder Angela Merkel?“ reduziert.

Erstaunlich, wer in diesen Wochen – sonst eher unter den Kirchenkritikern zu finden – eine plötzliche Liebe zum Papst entdeckt und dabei geflissentlich die Zwischentöne aus dem Vatikan, wo durchaus Verständnis für das Dilemma der Christdemokraten gezeigt wird, überhört.

Natürlich ist es angenehmer, der Öffentlichkeit zu verkünden: „Keine Gewalt

– egal, was passiert.“ Dabei ist jedoch die Bedrohungslage nicht aus den Augen zu verlieren. Dass dieses geschieht, hat man derzeit häufiger den Eindruck.

Im Irak herrscht ein Regime, das äußerst skrupellos gegen Menschenrechte verstößt; das zum Beispiel, wie „Der Spiegel“ vor kurzem berichtete, „alle Fußknochen eines zweijährigen Mädchens einzeln zerbricht, um seine Mutter zu zwingen, den Aufenthaltsort ihres Mannes preiszugeben“.

Lange Zeit hat der Irak nicht, wie in Resolution 1441 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (UN) gefordert, aktiv mit den UN-Inspekteuren kooperiert. Er hat nicht zugelassen, dass die Inspektoren Aufklärungsflugzeuge (U-2) einsetzen konnten, und Befragungen von irakischen Wissenschaftlern durch die UN-Inspekteure ohne irakische Aufpasser verweigert. Das, was das irakische Regime schließlich zugegeben hat, geschah unter dem Druck der amerikanischen Drohkulisse. Dies erklärte auch UN-Chefinspekteur Hans Blix.

Inzwischen hat sich gezeigt, dass der Irak beispielsweise einen Teststand für Raketenantriebswerke mit deutlich größeren Reichweiten als erlaubt errichtet hat. Auch wurde ihm nachgewiesen, dass seine Al-Samoud-2-Raketen eine größere Reichweite als die erlaubten 150 Kilometer besitzen. Unter Umgehung der UN-Sanktionen hat das irakische Regime außerdem 380 Raketenmotoren importiert.

Der Irak hat auch eingestanden, sowohl Bestände des Nervengases VX zu besitzen als auch den Milzbranderreger Anthrax produziert zu haben. Er behauptet zwar, alles vernichtet zu haben, Tatsache ist jedoch, dass die Inspekteure Spuren von Anthrax an Orten gefunden haben, an denen dieser Biokampfstoff nach irakischen Angaben niemals hergestellt oder gelagert wurde. Die Inspekteure sprechen von 10 000 Litern.

Zudem sind bisher acht vollständige Bomben, zwei davon mit verbotenen flüssigen Kampfstoffen, entdeckt worden, die seit 1991 nicht mehr hätten existieren dürfen. Drei chemische Anlagen, die in den neunziger Jahren von den Inspektoren zerstört worden waren, sind verbrecherweise wieder aufgebaut worden.

Was passiert, wenn Saddam Hussein diese oder andere Massenvernichtungswaffen einsetzt oder sie in die Hände von nichtstaatlich organisierten Terroristen gelangen lässt?

Ist es angesichts dieser Bedrohung nicht eher unverantwortlich, nichts zu unternehmen? Oder sollte das Signal an andere Schurken ausgehen, dass ihnen nichts passiert, wenn sie es nur richtig probieren?

Zwischen zwei Übeln

Hier stehen wir als christliche Politiker vor einem Dilemma: Es ist zwischen zwei Übeln zu wählen. Auf der einen Seite die vielen Toten und Verletzten, die der Krieg fordern würde und nun gefordert hat; ihr Recht auf Leben konnte nicht gewahrt werden. Auf der anderen Seite die vielen Toten und Gequälten, die Saddam Hussein schon auf dem Gewissen hat, sowie diejenigen, die noch folgen würden, ließe man den Diktator gewähren. Möglicherweise auch Europäer und Amerikaner.

Zerrissen zwischen diesen Positionen, trifft die Situation das Christsein tief ins Mark. Diese Spannung kann man als Christ, als christlicher Politiker, nicht auflösen. Nein, man muss sie aushalten.

Als Christ ist man verpflichtet, für den Frieden einzutreten; auch um die Menschenwürde zu wahren. „Selig sind die, die Frieden stiften!“ heißt es in der Bergpredigt. „Frieden stiften“ kann jedoch auch bedeuten, (militärisch) zu handeln, um Schlimmeres zu verhüten. Manch ein Unrecht in der Welt wäre vermutlich nicht geschehen, wenn andere rechtzeitig eingegriffen hätten. Uns wäre zum Bei-

spiel viel erspart geblieben, wenn Hitler rechtzeitig gestoppt worden wäre. Auschwitz ist, da hat der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, Recht, durch Soldaten befreit worden und nicht durch Friedensbekennnisse. Auch auf dem Balkan und in Afghanistan bieten sich zurzeit Möglichkeiten für eine friedliche Entwicklung. Hier war aber militärisches Eingreifen, und zwar durch die USA, nötig.

Während die Kirchen eine radikal-pazifistische Haltung aufgrund ihrer Lehre vertreten können (was sie allerdings so auch nicht tun), muss man bei allen Gewissensbissen als Politiker immer überlegen, ob diese Haltung auch zu dem gewünschten Ergebnis führen wird. Politik muss sich auch an Effizienz messen lassen; und schließlich sind es die Politiker, die die Verantwortung tragen müssen. Sie sind es, die sich gegenüber ihren Wählern, auch wenn diese aktuell anderer Meinung sein mögen, einst verantworten müssen.

Als (christlicher) Politiker muss man zudem Standhaftigkeit beweisen und seine Meinung auch gegen aktuelle Mehrheiten in der Bevölkerung durchsetzen; letztlich, um diese zu schützen. Es gibt verschiedene Beispiele für Situationen, in denen christdemokratische Politiker Entscheidungen gegen die momentane Stimmung in der Bevölkerung getroffen haben, die sich im Nachhinein als richtig erwiesen. Dazu zählen die Wiederbewaffnung, der NATO-Doppelbeschluss und die Einführung des Euro.

Die Würde des Menschen

Immer wieder treten diese Fälle auf, in denen es Christdemokraten nicht ausreichend gelingt, ihre Position nach außen zu kommunizieren. Hier stellt sich für die Union die Frage, wie das zu ändern ist.

Nicht nur der Irak-Krieg, auch andere Themen fordern christliche Politiker ganz besonders heraus. Dazu zählen die

Stammzellenforschung und die Präimplantationsdiagnostik (PID). Fragen, die direkt die Würde des Menschen und sein Recht auf Leben betreffen. Hierüber hat es schon viele kontroverse Diskussionen gegeben, und sie werden fortgeführt werden.

Die Würde des Menschen wird für mich als Christ dort verletzt, wo der Mensch als Träger der Menschenwürde vom Staat oder von anderen Menschen zum bloßen Objekt gemacht und ausschließlich für den Zweck anderer genutzt wird, sei es für den Zweck der Forschung, sei es für den Zweck, später Kranke heilen zu können. Auch ein noch so guter Zweck heiligt nicht die Mittel. Die vorgeburtliche Auswahl eines Embryos, wie bei der PID geschehen, verletzt die geschöpfliche Freiheit des Menschen. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, in seinem So-sein angenommen zu werden, nicht weil er bestimmte genetische Merkmale erfüllt.

Es kann nicht sein, dass Eltern behinderter Kinder eines Tages in Erklärungsnotstand geraten! Gleiches gilt für alte Menschen, wenn sie einem bestimmten Maßstab der gesellschaftlichen Nützlichkeit und „Normalität“ nicht mehr genügen können. Auch ihr Recht auf Leben sollte nicht, auch nicht unter dem Deckmantelchen des „Rechts auf den eigenen Tod“, infrage gestellt werden.

Der Mensch darf nicht alles dürfen, was er kann! Es muss Grenzen geben. Diese Grenzen finden sich in der Würde des Einzelnen.

Während ich mich bei diesen Themen weitgehend in Einklang mit der Lehre der Kirchen befinde, gilt es bei anderen Themen wiederum größere Spannungen auszuhalten. Beim Thema „Gottesbezug in

der EU-Verfassung“ gibt es einen Zwiegespräch zwischen dem kirchlicherseits Gewünschten und dem praktisch Umsetzbaren. Das Anliegen der Kirchen, dass unbedingt eine eindeutige „*invocatio dei*“ in die Präambel aufgenommen werden muss, wie es im deutschen Grundgesetz der Fall ist, begründet sich natürlich aus ihrem Selbstverständnis heraus. Würden sie dies nicht fordern, würden sie ihrer Aufgabe nicht gerecht werden.

Aufgrund der sehr unterschiedlichen Traditionen im Verhältnis Staat/Kirche wird sich diese Haltung jedoch auf keinen Fall durchsetzen lassen. Es ist daher für einen christlichen Politiker verantwortlicher, nach einem tragfähigen Kompromiss zu suchen, um das Endziel, eine Erinnerung an Europas christliche Wurzeln und daran, dass der Mensch nicht aus sich selbst heraus existiert, zu erreichen.

Gegenseitiger Impuls

An den diskutierten Beispielen, sei es der Irak-Krieg, seien es bioethische Fragen oder der Gottesbezug in der EU-Verfassung, zeigt sich, was Bischof Klaus Hemmerle einmal über das Verhältnis von Christlichem und Politik formulierte: „Gleichwohl ist das Politische mehr als bloße ‚Anwendung‘ des Christlichen und erschöpft sich das Christliche nicht in dem, was Politik für den Menschen erreichen kann und versuchen darf. Politisches und Christliches können nur dann füreinander fruchtbar werden, wenn sie sich aneinander freigeben, wenn sie sich voneinander unterscheiden, um in solcher Unterscheidung Impuls füreinander zu werden. Impuls füreinander: Denn auch das Christliche kann in seinem Verständnis und in seiner Realisierung vom Politischen lernen.“